# Aufwärts

**Bezugspreis:**
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67 377.

**Christliches Tageblatt**
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

**Anzeigenpreis:**
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67 377.

Nr. 279. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Freitag, den 28. November 1930. | 12. Jahrgang.


**Ein Freund, der mir den Spiegel zeiget,**
**Den kleinsten Flecken nicht verschweiget,**
**Mich freundlich warnt, mich herzlich schilt,**
**Wenn ich nicht meine Pflicht erfüllt:**
**Der ist mein Freund,**
**So wenig er's auch scheint.** Gellert.

## Brief aus Thüringen.

Im Freistaat Thüringen haben sich in letzter Zeit ernste Dinge abgespielt. Es war nahe daran, daß das Kabinett auseinanderfiel und der Landtag aufgelöst wurde. Alles stand auf des Messers Schneide. Seit ungefähr einem Jahr besteht das neue thüringische Kabinett, an dem die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten beteiligt sind, und in diesem einen Jahr sind harte Kämpfe zwischen den Koalitionsparteien ausgefochten worden. Teils in geheimen Kabinetts- und Ausschußsitzungen, teils in aller Oeffentlichkeit. Vor allem seit dem 14. September spitzten sich die Verhältnisse mehr und mehr zu, so daß vor wenigen Tagen der Bruch zwischen der Deutschen Volkspartei und den Nationalsozialisten unvermeidlich schien. Nur unter ganz eigenartigen Umständen, die ein neues Licht auf die innere Entwicklung Thüringens werfen, ist die Krise noch einmal beigegelt worden. Jedoch sie kann bei der nächsten Gelegenheit um so heftiger ausbrechen. Denn leider war bis jetzt keine grundsätzliche Vereinigung der Atmosphäre möglich.

Die Nationalsozialisten wollten einen gewissen Dr. Gerstenhauer zum Ministerialdirektor im Innenministerium befördern. Die Deutsche Volkspartei weigerte sich, diese Ernennung mitzumachen und bezeichnete Gerstenhauer als einen Mann, der in den letzten Jahren von Partei zu Partei gewechselt sei, nur um zu seinem Ziel, der Erlangung eines höheren Postens, zu kommen. Es entstand allmählich daraus ein äußerst heftiger Kampf gegen den Nationalsozialismus als solchen, und die Volkspartei prägte in der Hitze des Gefechtes bereits das Wort, daß es sich hier nicht mehr um einen einzelnen Fall handle, sondern um ein System, das die Volkspartei auf keinen Fall mehr mitmachen könne. Da die Nationalsozialisten schließlich von der Ernennung Gerstenhauers den Weiterbestand des Kabinetts und des Landtages abhängig machten und die Volkspartei ihrerseits fest entschlossen war, unter keinen Umständen nachzugeben, so entstand in der Tat eine gefährliche Situation für Thüringen. Der Bruch stand unmittelbar bevor, fast niemand glaubte noch an einen Ausweg.

Da hat etwas anderes die Situation für den Augenblick gerettet. Thüringen befindet sich nämlich in einer äußerst schwierigen finanziellen Lage. Man weiß ja, daß durch die frühere jahrelange Mißwirtschaft der Sozialdemokratie das Land bis an den Rand des Abgrundes gebracht war, und der letzte Wahlkampf war unter der einmütigen Parole aller bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten vor sich gegangen: Erhaltung der Selbständigkeit Thüringens. Nun wurde in den letzten Monaten in der Thüringer Presse immer wieder betont, daß die finanzielle Krise des Staates bereits überwunden und der Staatshaushalt ohne Defizit in Ordnung gebracht sei. Es steckte hinter diesen Meldungen eine gewisse Tendenz, die aus politischen oder besser noch parteipolitischen Gründen die Lage rosiger erscheinen lassen wollte, als sie in Wirklichkeit war. Das war keine kluge Taktik und sie wäre nur einigermaßen entschuldbar gewesen, wenn man tatsächlich hoffen konnte, daß schon in kurzer Zeit eine entscheidende Wendung zum Besseren eintreten würde, was aber bei der trostlosen Lage ausgeschlossen war. So wurde zwar das Volk im guten Glauben gehalten, aber einmal mußte der Augenblick kommen, in dem die Enttäuschung um so größer war. Diese Sachlage hat der thüringische Finanzminister sehr geschickt ausgenutzt. Er hat unter größter Ueberraschung der streitenden Parteien die Karten offen gelegt und die wirkliche Lage des Landes ohne Beschönigung gekennzeichnet. Falls jetzt eine Regierungskrise ausbräche und daran anschließend die Landtagsauflösung folgte, so sei es möglich, daß eine Katastrophe über das Land hereinbreche. Der Staatshaushalt weist allein ein Defizit von rund 23 Millionen Mark auf. Die Regierung hat sich zwar zu Beginn des Jahres die Vollmacht zur Ausgabe von kurzfristigen Schatzanweisungen geben lassen bis zu einer Höhe von 30 Millionen Mark und sie hat von dieser Ausgabe auch weitmöglichst Gebrauch gemacht. Aber damit konnten natürlich die Schäden jahrelanger marxistischer Mißwirtschaft nicht grundsätzlich behoben werden. Da seit Monaten vom Reich auch die Polizeigelder gesperrt sind, so wurde die Not noch um so größer. Aus dieser Not machte der Finanzminister eine Tugend. Er hat es fertig gebracht, die Parteien zu einen, und die Nationalsozialisten verzichten vorläufig auf die Besetzung der Ministerialdirektorstelle im Innenministerium. Es stellte sich dann gleichzeitig heraus, daß die Stelle überhaupt eingespart werden könnte, weil sie in Wirklichkeit überflüssig ist.

So ist für den Augenblick Frieden geschlossen. Aber wie schon oben erwähnt, wird dieser Friede wahrscheinlich nicht lange dauern. Man wird, von parteipolitischen Rücksichten zu sehr geblendet, vielleicht schon bald eine neue Krise heraufbeschwören. Angesichts dieser Sachlage mehren sich aus weltanschaulich-religiös gerichteten Kreisen die Stimmen, die auf die Bedeutung einer starken und zielbewußten Mittelpartei, mit anderen Worten: des Christlichen Volksdienstes, hinweisen. Man ist der Meinung, daß diese Partei bei den nächsten Wahlen unbedingt selbständig vorgehen solle, da sie ihrer Sache gewiß sein könne. Wäre sie jetzt bereits im Landtag vertreten, so könnte ihr Einfluß auf die übrigen widerstreitenden Parteien infolge ihrer Schlüsselstellung schon von allergrößtem Nutzen sein. Allerdings: Das Land Thüringen braucht eine vollkommene Einigung aller bürgerlichen Kräfte. Es ist höchste Zeit, auf eine neue Gefahr hinzuweisen. Bei den letzten Wahlen zum Reichstag zeigte sich nämlich in Thüringen ganz im Gegensatz zum übrigen Reich eine erneute ernste Verschiebung der Wählermassen nach links. Diese Erscheinung ist um so bemerkenswerter, weil es in Thüringen keine eigentlichen Industriezentren, wie sie z. B. Sachsen aufweist, gibt, und darum die sozialistischen Infektionsherde in größerem Maßstab fehlen. Die gesamte Thüringer Industrie, konzentriert sich mehr auf die Kleinstädte. Von gewisser Seite wurde versucht, das erneute Anwachsen der Linksfront auf das Konto einer übermäßig radikalen Wahlpropaganda der äußersten Rechten zu schieben. Man warnte, daß die Thüringer Linksfront, die seit ihrer großen Niederlage im Jahre 1923 allmählich sich einer besseren Vernunft nicht verschließe und mildere Formen annehme, durch eine ganz neue radikale Art von Wahlpropaganda ihrer Gegner von neuem aufwachen werde. Man mag über diese Auffassung denken wie man will, Tatsache ist, daß seit dem 14. September die rote Internationale wieder verstärkt ihr Haupt erhebt. Die Sozialdemokraten sowohl wie die Kommunisten ersehnen nichts mehr herbei, als sofortige Landtagsauflösung. Sie hoffen auf das bestimmteste, schon bei einer der nächsten Wahlen die absolute Mehrheit zu gewinnen. Die Verhältnisse sind also in Thüringen nach jeder Richtung hin sehr gespannt. Einmal der unüberbrückbare Gegensatz zwischen rechts und links, und dann die Konfliktsstoffe innerhalb der bürgerlichen Koalitionsparteien selbst. Man muß das alles offen aussprechen, um die politischen Kräfte rechtzeitig auf den richtigen Weg zu weisen. Noch ist es Zeit, sich zu sammeln, um sowohl der Finanznot des Landes, wie auch des Kulturbolschewismus, der sich von neuem erhebt, Herr zu werden. Man muß diese Forderung der Sammlung aller bürgerlichen Kräfte um so mehr erheben, weil in den bevorstehenden Verhandlungen zur Reform und Neugliederung des Deutschen Reiches ganz unzweifelhaft das Land Thüringen neben dem Freistaat Sachsen eine der wichtigsten Rollen zu spielen hat. Thüringen und Sachsen werden auch in Zukunft als Verbindungsstaaten zwischen dem Norden und Süden des Reiches nicht nur in staatspolitischer Beziehung, sondern auch als Trägerinnen alter deutscher Kulturen eine außerordentliche Mission haben. A.

## Preisabbau — Erzeugerpreise Lohnsenkung.

Obgleich ein längerer Artikel in der vorletzten Nummer die Sache ausführlich behandelte, bringen wir auch diesen noch, weil er doch auch noch andere Gesichtspunkte hervorhebt.

Das ist nun das Ergebnis einer 12-jährigen Regierungskunst, daß sich auf allen Gebieten unseres wirtschaftlichen Lebens eine Überspannung zeigt, die zu einer Gefahr zu werden droht, nicht nur für unsere Volkswirtschaft, sondern auch für den Staat, der nicht mehr weiß, wie er seine Finanzen sanieren soll. Durch das Gehenlassen aller Dinge, ohne daß eine starke Hand rechtzeitig eingegriffen hätte, hat sich die Lage so recht nach manchesterlicher Art entwickelt, so daß die Wirtschaftskreise und auch die Reichsregierung von größten Sorgen erfüllt sind. Nicht nur die Steuerschrauben wirkten immer belastender, sondern auch die sonstigen Abgaben für Miete, Wasser, Licht, Gas, Verkehrstarife und dergleichen brachten eine erhebliche Vermehrung der Ausgaben und damit eine Erschwerung und Verteuerung der Produktion. Es ist eine Kette ohne Ende und ineinandergreifend hat eine Preissteigerung hier eine Preissteigerung auf anderen Gebieten zur Folge. Neben diesen natürlichen Erscheinungen hat eine erhebliche Belastung des kaufenden Publikums durch eine Ueberspannung der Preise im Handel stattgefunden die sich zügellos ausdehnen konnte und wohl als Hauptschuldiger unserer heutigen gefahrdrohenden Lage anzusehen ist.

In welcher Weise Erzeugerpreise im schreiendsten Widerspruch zu den Handelspreisen stehen, zeigt eine vom Statistischen Reichsamt jetzt herausgekommene Uebersicht über die Großhandelspreise im Monat Oktober dieses Jahres. Daraus geht hervor, daß das Preisniveau im Großhandel gegenüber Anfang Oktober 1929 um 12,6 Prozent gesunken ist. Die Statistik zeigt ferner, daß die Erzeugerpreise der Agrarprodukte viel schärfer vom Preisrückgang betroffen wurden, als die industriellen Erzeugnisse. Das einmal festzustellen ist angesichts der viel zu hohen Lebensmittelpreise im Kleinhandel eine notwendige Aufgabe. Wie die einzelnen Hauptwarengruppen im Großhandel Rückgänge zu verzeichnen haben, zeigt folgende Aufstellung:

| | |
|---|---|
| Agrarstoffe | 18,0 v. H. |
| Industrielle Rohstoffe und Halbwaren | 12,3 v. H. |
| Industrielle Fertigwaren: | |
| Produktionsmittel | 1,6 v. H. |
| Konsumgüter | 8,4 v. H. |

Der Erzeugerpreis zeigt bei den wichtigsten landwirtschaftlichen Produkten in der Zeit von Anfang Oktober 1929 bis Anfang Oktober 1930 folgende Rückgänge:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Roggen | 18 v. H. | Butter | 32 v. H. |
| Hafer | 11 „ | Käse | |
| Kartoffeln | 39 „ | (Allgäuer) | 12 „ |
| Kartoffelmehl | 27 „ | Speck | 25 „ |
| Speisebohnen | 21 „ | Eier | 12 „ |
| Schweine | 36 „ | Roggenkleie | 35 „ |
| Kälber | 10 „ | Weizenkleie | 37 „ |
| Milch | | Kartoffelflocken | 15 „ |
| (Trinkmilch) | 14 „ | Trockenschnitzel | 46 „ |

Wenn man dieser Statistik gegenüberhält, wie in den einzelnen Orten die Preisrückgänge des Kleinhandels in derselben Zeit sich gestaltet haben, stellt sich heraus, daß diese nicht im entferntesten dem Rückgang der Erzeugerpreise entsprechen. Der Deutsche Landwirtschaftsrat bemerkt zu den vorstehenden Ziffern mit Recht, daß dieses ein erneuter Beweis für die schlechte Organisation des Verteilungsapparates sei. Er verlangt daher, daß gegen diese unberechtigten Handelsspannen, besonders bei den täglich notwendigen Nahrungsmitteln endlich Maßnahmen ergriffen werden. Die örtlichen Nachprüfungen der Handelsspannen bei den Hauptnahrungsmitteln Brot, Mehl, Fleisch, Milch, Eier, Butter, Käse und Kartoffeln würden geradezu groteske Handelsaufschläge bloß legen. In letzter Zeit ist besonders auch die Handelsspanne zwischen Brot und Mehl in den meisten Orten wieder völlig unerträglich geworden. Beispielsweise nehmen in Berlin die großen Brotfabriken für ein kleines Weizenkastenbrot von ¼ Kilogramm 25 Pfennig. Die Konsumvereine in Berlin nehmen für 1 Kilogramm Weizenbrot dagegen 39 Pfennig. Das Weizenmehl kostete am 3. November an der Berliner Produktenbörse in bester Qualität 36,5 Pfennig je Kilogramm. Das 3-Pfund-Roggenbrot kostet 60 Pfennig und mehr. Das beste Roggenmehl wurde an demselben Tage mit 26,5 Pfennig je Kilogramm an der Berliner Produktenbörse gehandelt. Dabei ist in Betracht zu ziehen, daß von 2 Pfund Mehl in der Regel 3 Pfund Brot gebacken werden. Und erst die Preise für Weizenkleingebäck — da sind die Aufschläge noch viel höher! Auch Eier, Milch, Fleischwaren und Kartoffeln sind im Kleinhandel viel zu teuer. Für Eier erhält der Landwirt 7 bis 10 Pfennig, der Kleinhandel dagegen nimmt für frische Eier bis zu 22 Pfennig je Stück. Für Milch erhält die Landwirtschaft um Berlin herum 17 Pfennig je Liter, verkauft wird sie mit 30 Pfennig. Auf den Bahnhöfen werden sogar für ¼ Liter Milch 20 und 30 Pfennig gefordert. Für Fleischwaren, zum Beispiel für Schinken und Dauerwurst, werden trotz niedrigster Erzeugerpreise noch immer 2,40 bis 3,20 Mark genommen. Für Kartoffeln, für die der Landwirt 0,70 — 1,— Mk. je. Ztr. erhält, muß der Verbraucher 3,— bis 4,50 Mk. bezahlen! Man sollte es kaum für möglich halten, mit welchen exorbitanten Nutzenspannen der Lebensmittelhandel, ins-

besondere das Bäckerei- und Metzgereigewerbe, in einer Notzeit arbeitet, wo doch die Löhne radikal abgebaut sind und die Gehälter ebenfalls ermäßigt werden.

Diese schreienden Gegensätze sollten sämtlichen Betroffenen Veranlassung sein, mit allen möglichen Mitteln dagegen einzuschreiten; ebenso wie es Pflicht der Reichsregierung ist, durch Einwirkung auf die Länderregierungen, auf die Verwaltungen der Kommunen einen Druck auszuüben und insbesondere die öffentliche Meinung gegen die unberechtigten Handelsspannen zu Hilfe zu nehmen.

Es ist erfreulich, daß in der Oeffentlichkeit die Auffassung sich immer mehr Bahn bricht, daß nicht die Landwirtschaft schuld ist, wenn die Verbraucherkreise für notwendige Lebensmittel allzuhohe Preise zahlen müssen. Früher begegnete man fortwährend dem Schlagwort: „Die Habgier der Junker ist schuld an den hohen Lebensmittelpreisen." Allmählich setzt sich jedoch die Erkenntnis durch, daß dem Uebelstand andere Ursachen zugrunde liegen und daß das gerade in Arbeitnehmerkreisen der Fall ist, ist um so erfreulicher.

Wenn man Vergleiche zieht zwischen den Preisen, die von den Verbrauchern zu zahlen sind, und denen welche die Erzeuger für ihre mühevolle Arbeit erhalten, so ergibt sich, daß man wohl mit 100 Prozent Zwischenverdienst rechnen kann. Das läßt darauf schließen, daß entweder der einzelne Zwischenhändler ungewöhnlich viel an seiner Ware verdient, oder aber, daß die Kette der Zwischenhändler viel zu lang und weitschweifig ist und dadurch eben die unnötig hohen Kleinhandelspreise entstehen. Nehmen wir zum Beispiel den Viehankauf, der vielfach in folgender Weise vor sich geht: Ein kleiner Aufkäufer läuft von Hof zu Hof, kauft hier einige Schweine, dort eine Kuh oder mehrere Schafe, liefert die gekaufte Ware an den Großhändler ab, für den mehrere solcher Aufkäufer tätig sind. Der Großhändler liefert das Vieh waggonweise auf dem Viehhof ab, wo sich ein Kommissionär einschaltet, der dann wiederum in großen Partien das Vieh an den Großschlächter abgibt. An diesen wenden sich wiederum die vielen Schlächter, die nicht in der Lage sind, selbst große Partien aufzukaufen. Sie kaufen vom Großhändler ihren Tagesbedarf und geben vielfach auch noch an die ganz kleinen Ladeninhaber ab, die täglich nur ein geringes Quantum absetzen können. Es dürfte einleuchtend sein, daß dieser lange Weg vom Erzeuger zum Verbraucher eine ungeheure Verteuerung des Fleisches zur Folge hat, und so, wie es mit dem Fleisch ist, ist es vielfach mit anderen Lebensmitteln auch. Es ist deshalb nicht zu verstehen, daß in dem organisationsfähigen Deutschland kein Mittel gefunden wird, diesen langen Zwischenhandel auszuschalten und den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher wesentlich abzukürzen. Warum, so möchten wir fragen, ist es bisher nicht möglich gewesen ein enges Zusammenarbeiten zwischen Erzeugerorganisationen und Konsumgenossenschaften herbeizuführen? Scheitert das an der bekannten Uneinigkeit in den in Frage kommenden Berufskreisen? Oder sind politische Gründe ein Hindernis, auf diesem Wege voranzukommen? Jedenfalls wird der gekennzeichnete Uebelstand nicht wirksam beseitigt werden können, solange nicht der Weg vom Erzeuger zum Verbraucher erheblich gekürzt wird.

Die Reichsregierung hat nun in den letzten Wochen energische und mühevolle Verhandlungen geführt, um in Handel und Industrie eine Senkung der Preise zu erreichen. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten hat sie einige kleine Teilerfolge zu verzeichnen, die ja inzwischen in der Presse bekannt gegeben worden sind. Die Reichsregierung hat aber auch Wert darauf gelegt, bei allen möglichen Gelegenheiten zu erkennen zu geben, daß ein weiterer Lohnabbau berechtigt und notwendig sei. Dies war ein Signal für die Vertreter mancher Arbeitgeberkreise, die jetzt Schrift auf Schrift erscheinen lassen, um aller Welt klar zu machen, daß eine schleunige Lohn- und Gehaltssenkung bei den Arbeitern und Angestellten erforderlich sei, um die Wirtschaft wieder zu gesunden. Man geht soweit, daß man 10 bis 20 Prozent vorschlägt. Die radikalen Elemente fordern sogar 25 Prozent. Darauf sei erwidert, daß die bisherigen Preissenkungen einen derartigen Lohn- und Gehaltsabbau in keiner Weise rechtfertigen, es sei denn, daß sich die Lebenshaltung der Angestellten und Arbeiter noch mehr verschlechtert. Außerdem ist darauf hinzuweisen, daß der Lohnabzug bei den Arbeitern, insbesondere bei Leistungslöhnen längst schon 10, ja 15 Prozent überschritten hat. Es sind vielfach höhere Akkordkürzungen erfolgt. Außerdem haben wir ungefähr 1,8 Millionen Kurzarbeiter, die schon auf halben Lohn gesetzt sind, und die üblichen Feierschichten im Bergbau beeinträchtigen die Einkommen der Bergarbeiter ganz erheblich. Auch die Kaufkraft der Angestellten ist durch Massenkündigungen und Gehaltsabzüge schon bedenklich geschwächt, so daß man die Reichsregierung warnen muß, auf diesem Wege weiterzugehen. Das gemeinsame Ziel soll sein, die deutsche Wirtschaft wieder zu beleben. Das kann geschehen, wenn man die Landwirtschaft und den Arbeitnehmerstand kaufkräftig gestaltet. Diese beiden Bevölkerungsgruppen, die die Basis abgeben für einen größeren Verbrauch und damit für die Belebung der deutschen Wirtschaft. W. W.

---

# Hat der evangelische Volksdienst gehalten, was er versprach?

Von Emil Bach.

Es war vorauszusehen, daß der Evangelische Volksdienst bei seinem ersten parlamentarischen Auftreten von seinen Freunden, aber noch viel mehr von seinen Gegnern, aufs schärfste beobachtet werden würde. Nun haben wir im Wahlkampf versprochen, mit dem üblichen Parteizwang aufzuräumen und unsere Entscheidungen allein nach sachlichen Gesichtspunkten zu treffen.

Dementsprechend hat unsere Fraktion im Reichstag gehandelt. Die Geschäftsordnung des Reichstages bestimmt in den §§ 8 und 9, daß das Präsidium des Reichstages nach der Stärke der Fraktionen zusammengesetzt werden soll. Da wir die rechtlichen Ordnungen anerkennen, hat unsere Fraktion selbstverständlich nach dieser Geschäftsordnung zu handeln. Wollten die Deutschnationalen, die in früheren Zeiten auf Grund derselben Geschäftsordnung den Reichstagspräsidenten und sehr oft auch den 1. Vizepräsidenten für sich verlangten, eine andere Methode einführen, so hätten sie die Pflicht, vorher die Geschäftsordnung zu ändern.

Da das nicht geschehen war, mußte die Volksdienstfraktion folgerichtig für den Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Löbe, als ersten Präsidenten und für den Nationalsozialisten Stöhr als ersten Vizepräsidenten stimmen, wollten sie nicht in den Geruch kommen, das Christentum nur für ihre Zwecke zu mißbrauchen, im übrigen sich aber den verhängnisvollen politischen Grundsatz zu eigen zu machen: Macht geht vor Recht. Wer die wirkliche innere Einstellung des Volksdienstes kennt, wer weiß, daß der Volksdienst als eine seiner wichtigsten Aufgaben ansieht, Gottes Herrschaftsanspruch auch in der Politik zur Geltung zu bringen, der muß zugeben, daß er seine ganze innere Linie verleugnet hätte, wenn seine Reichstagsfraktion ihre politische Arbeit mit einer Rechtsbeugung begonnen hätte.

Wenn eine Partei in dieser Frage ihre Grundsätze verleugnet hat, dann ist es die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, die Herrn Dr. Scholz, den Führer der Deutschen Volkspartei, die von ihnen immer als Youngpartei bezeichnet wird, gewählt hat. Nach nat.-soz. Auffassung gehört jeder, der für die Unterzeichnung des Youngplanes gestimmt hat, an den Galgen, jeder, der mit einer Jüdin verheiratet ist, ins Zuchthaus. Beides trifft bei Dr. Scholz zu.

Auch bei den anderen Fragen hat sich die Volksdienstfraktion allein von sachlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Diesen 14 Männern ist es gelungen, die sogenannten Fememörder, die jahrelang im Zuchthaus geschmachtet haben, durch ihren Amnestieantrag zu befreien; denn während die Anträge der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen in dieser Frage abgelehnt wurden, fand der Antrag des westfälischen Volksdienstabgeordneten Rippel und des Konservativen v. Lindeiner-Wildau die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Wir sind aber der Ansicht, daß für die sogenannten Fememörder dieser Erfolg mehr wert ist, als alle großen Reden.

Man hat es der Volksdienstfraktion auch sehr verübelt, daß sie für Uebergang zur Tagesordnung gestimmt hat und dadurch mit dafür eingetreten ist, daß der Mißtrauensantrag gegen die Regierung Brüning nicht zur Abstimmung kam. Man machte dem Volksdienst deshalb den Vorwurf, er befände sich im Schlepptau des Zentrums. Das Gegenteil ist der Fall. Wir sind nicht an der Regierung Brüning beteiligt und stehen ihr vollständig unabhängig gegenüber. Unsere Fraktion glaubte aber die Pflicht zu haben, der Regierung Brüning eine Chance zu geben, um sich selbst davon zu überzeugen, wie diese Regierung arbeitet. Tatsache ist, daß bei der Berufung der Regierung Brüning, die deutsche Reichsverfassung zum ersten Male 100-prozentig zu ihrem Recht gekommen ist, denn diese Regierung ist ohne parlamentarischen Kuhhandel allein durch die Autorität des Reichspräsidenten in ihr Amt eingesetzt worden. Distanziert sich die Regierung Brüning von dem Parteiklüngel und führt den Auftrag Hindenburgs durch, d. h. saniert sie die Reichsfinanzen, beseitigt die Arbeitslosigkeit und macht uns so bereit zum Freiheitskampf gegen das Versailler Diktat und den Youngplan, dann schenken wir vom Evangel. Volksdienst ihr weiter Vertrauen. Hält sie sich links, läßt sie sich von den Sozialdemokraten einfangen oder macht sie der Sozialdemokratie irgendwelche Konzessionen, dann hat sie vom Evangelischen Volksdienst nur Kampf zu erwarten. Wir halten die Sozialdemokratie für unfähig, Deutschlands Wirtschaft zu sanieren, und müssen deshalb jeder nach links gebundenen Regierung unser Mißtrauen aussprechen.

Wir sind ein Sklavenvolk geworden. Sollen unsere Kinder nicht für ihr ganzes Leben Sklaven bleiben, so müssen wir den Kampf um die deutsche Freiheit führen. Wir sind aber der Ansicht, daß man diesen Freiheitskampf nicht mit 3 Millionen arbeitslosen und hungernden Volksgenossen führen kann, und halten deshalb die innere Sanierung und Ordnung für die Voraussetzung einer erfolgreichen Revisionspolitik von Versailles und Youngplan. Erst müssen wir wieder Volk im besten Sinne des Wortes werden, bevor wir den Kampf um die

---

## Bekanntschaften.

Von Boersing-Kierspe.

Die Not geht durch das Land. Eine Not, die schon manchen mit Fleiß und sparender Sorge gefüllten Kasten geleert hat, die schon manchen Schwachen und Kranken auf das stille Lager legte, wo man keinen Arzt mehr braucht. Und die manchen, der früher bei Braten und Wein einen guten Tag lebte, auf die Kartoffelsuppe schimpfen läßt, die er heute essen muß. Die ihn nach jeder Möglichkeit eines Gelderwerbs greifen läßt, auch wenn sie sich mit seiner früheren Ansicht von Anstand und Ehre nicht verträgt. So kreuzte 1922 einer meinen Weg, der einst in einem alten berühmten Reiterregiment den Offiziersrock trug. Er war ein freier Schriftsteller geworden, aber für ihn und andere wäre es besser gewesen, wenn er jeder anderen ehrlichen Beschäftigung nachgegangen wäre. Damals schon ein unzufriedener Nörgler, ein verbitterter Grübler, ist er heute ein wüster Hetzer und Wühler, der politisch an der äußersten Linken steht und sich seine „Arbeit" wer weiß von wem bezahlen läßt. Und wenn ich einmal durch die große Kohlen- und Eisenstadt gehe, wo er wohnt und „wirkt", wenn mir dort die unzähligen Knaben und Mädchen begegnen, die alle mit ihren bunten Schülermützen und ihren vollen Büchermappen durch die Straßen gehen, dann denke ich traurig all der frohen Hoffnungen, die in vielen dieser jungen Menschen ein feindliches Leben bald zerschlagen wird, ja, unerbittlich zerschlagen muß, und wie dann von ihnen nicht nur jeder zehnte, sondern vielleicht jeder fünfte oder vierte ein Wegbereiter des Umsturzes werden wird, ein Führer Verbitterter, Unzufriedener, Geschlagener. Wie es jener kaiserliche Offizier auch geworden ist. Und dann wird mir alles Hetzen und Verleumden und Zwietrachtsäen ein grauenhaftes Ding, und je stiller einer, der das Gleitende halten, das Sterbende stärken will, dann in all dem Haß, dem Ehrabschneiden seinen Weg geht, desto höher steht er mir. Wohl dem, der frei von Schuld und Fehle! Das gilt auch den Männern der Feder und ihrer Arbeit.

Aber wenn ein junges Menschenwerk, das frisch voran ging und gedieh, um das sich fröhlich blühendes Hoffen rankte, vor der Zeit zerschlagen wurde — wenn ein neidisches Feuer in stürmischer Nacht ein mühsam errichtetes Haus zerstörte — es hat sich schon mancher aus Trümmern und gebrochener Freude ein neues Glück gebaut, vielleicht nicht so stolz und prangend wie das erste, aber eben deshalb dauerhafter und sicherer.

Ich kenne einen alten Herrn, der machte einmal eine Wanderung durch die stille Senne und kam auch nach dem Bethelschen Eichhof. Und dort, wo es in den Wäldern still ist wie in einer Kirche, setzte er sich auf eine Bank. Um ihn atmete sommerlicher Mittagsfriede, vor ihm, ruhevoll durch die dunkle Flut eines Teiches, zogen einige Schwäne ihre Bahn. Aber in ihm war ein trübes Sinnen, Unruhe und Zagen. Seinem ernsten und geduldigen Wirken hatte leere Gedankenlosigkeit einen Stein in den Weg gerollt und über das Hindernis war er ins Stolpern gekommen. Und von seinem eigenen Weg gingen seine Gedanken zu der Weinbergsarbeit anderer Männer. Was soll denn all das Wollen und Schaffen und Wegweisen in der Stille und auch draußen in der breiten Oeffentlichkeit? Die Freude der Welt ist Streit und Zank, und um jeden Weg der Liebe lauert die Lüge. Vor der gaffenden Menge schreien Selbstgerechtigkeit und Gottesfeindschaft nie lauter und gehässiger als dann, wenn sie auf das Kreuz zeigen können: „Da! Da! Heidenbekehrung und Gefallenenfürsorge und Hilfe für Arme und Schwache und Kranke — es ist alles Geschäft. Sonst nichts!"

Und wie nun so um den Seelenfrieden des Mannes Unmut und Verzagtheit ihr graues Netz spannen, schallt durch den stillen Wald plötzlich ein heller Sang, ein Lied aus jungen Menschenkehlen. Das flattert froh und breitet seine Schwingen über das ruhende Land:

Drei Lilien, drei Lilien, — Die pflanzt ich auf ein Grab."

Und dann ein „Juvivallerallera!", das knallte wie platzende Jugendlust, das lockte den einsamen Mann durch Strauch und Dickicht bis an den schattendunklen Rand des Waldes. Und dort traf er ein altes, verrostetes Mütterchen, das hatte eine welke Haut und abgearbeitete Hände, aber gute, fromme, gläubige Augen. Die blickten durch ein schützendes Brombeergebüsch hinaus auf den Weg, der in die weiten, heißen Felder ging und auf dem fern eine Schar junger Burschen zog, der Mittagsrast entgegen. Die waren es, die sangen. Und der die lauteste Kehle hatte, das war, wie die alte Frau jetzt sagte, ihr Sohn. „Ist der hier auf einem Gut?" fragte der Herr. Ein flüchtiger Schatten dunkelte den Blick der Alten, dann strahlte wieder die fröhliche Sonne: „Nein, er ist hier in der Fürsorge. Früher hat er andere Lieder gesungen". Und es stellte sich heraus, daß sie, um den Jungen heimlich zu sehen, eine weite Bahnfahrt gemacht hatte. „Aber sehen soll er mich nicht und wissen darf er's auch nicht, sonst kriegt er vielleicht Heimweh." So kramte sie alles aus, was sie in ihrem Herzen hatte, und glücklich über den plappernden Mund lachten die alten Augen: „Aus meinem Jungen wird was!"

Der Prediger gibt es mancherlei, und der alte Herr ist getröstet seines Weges gezogen. Was war das für ein goldener, bergeversetzender Glaube, der ihm da in abgetragenen Kleidern und krummen Schuhen begegnet war! Aus ihrem Jungen wurde was!

O du trotziges und heiliges Dennoch! Was ist der schmähende Neid? Was ist die geschwollene Lüge? In ihren Büchern, in ihren Theaterstücken haben sie aus Waisenhäusern Gefängnisse und aus Erziehungsanstalten Folterkammern gemacht — und siehe: hier gehen die Fürsorgezöglinge nach getaner Arbeit durch Wind und Sonnenbrand und singen, wie in der Sonntagsfrühe ein junges Volk, das der engen Stadt, der grauen Woche und allen Sorgen entronnen ist, nicht heller singen kann. Aus ihrem Jungen wurde was! „Ja, und aus meinem Werk wird auch was!" Jeder sei seines Weges und seines Zieles gewiß.

Ich kenne einen anderen alten Herrn, der hat Geld und Gut und Haus und Hof. Er ist kein Streber, aber ein strebsamer, fleißiger Mensch, und seinem Schaffen hat der Erfolg nicht gefehlt. Die Sorge um das tägliche Brot muß ihm und seinen Kindern, die schon alle verheiratet sind, fern bleiben. So ist sein irdisches Werk gut geraten, und wenn er nun bald im Kreise seiner Enkel und Urenkel seinen fünfundsiebzigsten Geburtstag feiert, dann mag er wohl zufrieden zurückblicken auf den Weg, der hinter ihm liegt.

Aber was sagte einst Jakob, der Fürst, als er vor einem König stand: „Wenig und böse ist die Zeit meines Lebens."

deutsche Freiheit aufnehmen können. Volk werden wir aber nur, wenn wir den Weg zu Gott zurückfinden, denn ohne innere Wiedergeburt gibt es keine äußere Freiheit.

Wir leben in einer ernsten Zeit, in einer Zeit voller Wirrnisse und Unklarheiten, in der die Besten die Hoffnung verlieren oder Schlagworten zum Opfer fallen. Da wollen wir den klaren Blick behalten und mit dem großen deutschen Staatsmann Bismarck der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Narrenschiff dieser Zeit scheitern wird an dem lebendigen Christenglauben.

---

## Tarifsenkung für Kohle.

**Zustimmung des Verwaltungsrats der Reichsbahn. — 20prozentige Ermäßigung der Dienstaufwandsentschädigung. — 700 Millionen Mark Mindereinnahmen.**

— Berlin, 27. November.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft hielt in Berlin eine Sitzung ab, und beschäftigte sich mit der Frage der Tarifpolitik und der Finanzlage des Unternehmens. Nach Schluß der Beratungen wurde der Presse eine Mitteilung übergeben, in der es heißt:

„Eine allgemeine Tarifermäßigung zur Zeit zu genehmigen, sieht sich der Verwaltungsrat nicht in der Lage, da die damit verbundenen Mindereinnahmen dazu zwingen würden, so scharfe Drosselungen bei der notwendigen Beschaffung von Schienen und Wagen sowie bei der Ausführung von Bauten vorzunehmen, wie sie weder vom Standpunkt der Betriebssicherheit noch von dem der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit tragbar wären.

**Die Senkung von einzelnen Tarifen wird schon bisher, soweit es die Finanzlage irgend gestattet, dauernd durch Ausnahmetarife vorgenommen, um Produktion und Arbeitsmarkt zu befruchten. In diesem Sinne gab der Verwaltungsrat die Genehmigung, den Kohlentarif für die Ausfuhr und nach Wettbewerbsgebieten zum 1. Dezember wesentlich herabzusetzen. Eine günstige Auswirkung auf Kohlenabsatz und auf die allgemeine Preis- und Wirtschaftsgestaltung kann aus dieser Senkung von Kohlentarifen erwartet werden.**

Im übrigen prüft die Hauptverwaltung zur Zeit die Möglichkeit von Frachtsenkungen bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung, um die Preissenkungsaktion der Reichsregierung zu stützen. Der Anteil der Fracht, namentlich am Kleinhandelspreis bei Waren der unmittelbaren Lebenshaltung wird freilich immer wieder weit überschätzt."

Ueber die Finanzlage des Unternehmens wurde mitgeteilt, daß für 1930 mit Mindereinnahmen in Höhe von 700 Millionen Mark zu rechnen ist. Erleichtert würde die Lage für 1930 durch das Entgegenkommen der Reichsregierung und die rechtzeitig erfolgte Anpassung des Betriebs an den Verkehrsrückgang. Ungünstig seien die Aussichten für 1931.

Ersparnisse erwarte die Reichsbahn aus der Preissenkung und der vom Reich angekündigten

### Herabsetzung der Gehälter,

**der sich die Reichsbahn bezüglich ihrer Beamtenschaft anzupassen werde. Die Mitglieder des Vorstandes haben bereits auf 20 Prozent ihrer gesamten Bezüge verzichtet. Die Dienstaufwandsentschädigungen werden vom 1. Januar 1931 ab gleichfalls um 20 Prozent gesenkt.**

---

* Nach einer amerikanischen Regierungserklärung sind in den letzten drei Jahren in den Vereinigten Staaten 400 Flugzeugmotore vom Typ „Liberty" gekauft und auf ungesetzlichem Wege nach Rußland geschafft worden.

---

Wenn der alte Landwirt, von dem ich rede, durch seine Felder ging, durch grünen Klee und sommergelbes Korn, habe ich ihn selten lächeln sehen; wenn seine Leute in der Frühe eines blühenden Morgens in die Wiesen zogen und dort ihre blanken Sensen durch das Gras rauschen ließen, dann war ihm vielleicht das, was ihm der segnende Sommer gab, mehr ein wohlverdienter Lohn seines Mühens als eine Gabe des Himmels. Das Korn auf seinem Boden, das Vieh in seinen Ställen, die Wertpapiere in seinem Kasten — mit kühlen Augen betrachtete er alles; der Erwerb solcher Lebensnotwendigkeiten war ihm etwas Selbstverständliches. Aber ein Papier hatte er in seinem eisernen Kasten, das zog er lieber hervor als Pfandbriefe und Schuldverschreibungen. Das war etwas, das ihm wie das Plappern seines jüngsten Urenkels die Augen hell und den Mund fröhlich machte. Er hatte einmal an eine Stätte der christlichen Barmherzigkeit einen Sack voll alter Kleider geschickt, und mit Dank, Gruß und frohem Segenswunsch war ihm auf einer Postkarte der Empfang der Liebesgaben bestätigt worden. Und diese Karte steckte er unter seine Wertpapiere.

Ja, es ist schon so ein Ding, das Menschenherz! Was hat der Mann alles hier auf der Welt erworben! Acker, Vieh und alle Güter, Ansehen bei den Menschen und einen Namen, der etwas gilt. Aber nun kommt ihm die große Erkenntnis: Alles ist eitel. Nun hört er fern auf erntereifer Flur die Sense klirren, die die Frucht seines Lebens schneiden will, und ernst und wuchtend durch seine noch immer lauten Tage, durch seine stillen Nächte geht die Frage: Was wird es sein, das du bereitet hast? Ja, was wird es sein? Jetzt öffnet er nicht nur seinen Kleiderschrank, sondern auch seinen Geldkasten und jede Karte, die ihm dann fröhlich ins Haus flattert, hebt er sorglich auf. Wenn er einmal müde ist von seiner Arbeit und den Wirren der Welt, zieht er sie alle hervor, und wenn dann seine Enkelkinder kommen und seine treue Lebensgefährtin am Rock zupfen: „Großmutter, er sitzt wieder bei seinen Karten", dann sagt sie wohl lächelnd: „Laßt ihn! Es sind Eintrittskarten!"

Einfalt und Liebe wohnen dem Glück am nächsten.

# Erdbebenkatastrophe in Japan.

## Hunderte von Todesopfern.

Japan, das von so vielen Erdbeben erschütterte Inselland, ist von einer neuen Bebenkatastrophe heimgesucht worden, die Hunderte von Toten gefordert hat.

**Der Herd des Bebens war die etwa 65 Kilometer von Tokio gelegene Stadt Mischima auf der Halbinsel Izu. Die ersten Meldungen sprechen von 900 Toten. Der Schaden in Mischima, in der benachbarten Stadt Numazu, sowie in mehreren Dörfern ist unabsehbar.**

Die Verbindungen mit dem heimgesuchten Bezirk Schizuoka, in dem die Stadt Mischima liegt, sind vollkommen gestört, so daß Einzelheiten noch fehlen. So kommt es, daß eine genaue Angabe über die Zahl der Toten noch aussteht. Nach den letzten amtlichen Meldungen beläuft sich die Zahl der Todesopfer im Bezirk Schizuoka allein auf 187, während die Zahl der Verletzten 1000 überschreiten soll. Zeitungen in Tokio sprechen von 219 Toten. Da auch die Gebiete von Schusinschi, Ohito, Schimoda und Hakoni schwer gelitten haben, ist man wohl auf die oben angeführte Zahl von 900 (schätzungsweise) gekommen.

**Kochendes Wasser aus der Erde.**

In Atami brach ein Strahl kochendes Wasser aus dem Erdinnern, der beträchtliche Höhe erreichte. Das Schicksal von 300 Arbeitern, die durch einen Erdrutsch in einem Tunnel bei Atami eingeschlossen sind, gibt Anlaß zu Beunruhigung. Das Zentralobservatorium in Tokio teilt mit, daß die Schwingungen des Hauptstoßes 30 Minuten dauerten und daß man seit dem 10. November jeden Tag durchschnittlich 300 kleine Erdstöße in der Nähe von Mischima verspürt hat.

*

### Das Land des Bebens.

In aller Erinnerung ist wohl noch das Beben vom 1. September 1923, das die Großstädte Tokio und Yokohama in Schutt und Asche legte und bei dem 156 673 Menschen den Tod fanden. Im März 1927 forderte das Beben von Tango rund dreieinhalbtausend Menschenleben, während das Frühjahrsbeben von Tajima im Jahre 1925 an 400 Personen das Leben kostete. Kleinere Schwankungen der Erdoberfläche sind im östlichen Inselreich beinahe eine Alltäglichkeit, stellt doch die Statistik der letzten sechs Jahre nicht weniger als 1500 Erdbeben fest.

Die Halbinsel Izu, die Stätte der heutigen Katastrophe, ist auch beim größten Erdbeben der letzten 100 Jahre, dem von 1923, schwer heimgesucht worden.

*

### Die erste Hilfe.

Die Behörden haben auf Grund der ersten Alarmnachrichten sofort umfangreiche Hilfsmaßnahmen eingeleitet. Rettungsmannschaften sind nach dem Unglücksgebiet unterwegs, um die Verschütteten zu bergen und die Aufräumungsarbeiten beschleunigt durchzuführen. Die durch das Erdbeben obdachlos gewordenen ungezählten Bewohner sollen in Notzelten untergebracht werden. Soweit bisher festgestellt werden konnte, sind unter den Toten und Verletzten keine Europäer.

**Auch in Tokio und Yokohama**

wurden die Erdstöße wahrgenommen. Die dortige Bevölkerung verließ ihre Wohnungen und verbrachte die Nacht im Freien. In einigen Stadtteilen dieser Städte sind die Wasserleitungen geborsten. Nach den bisherigen Meldungen sind aber dort außer einem beträchtlichen Schaden keine Todesopfer zu verzeichnen.

*

**291 Tote im japanischen Erdbebengebiet geborgen.**

— **Tokio**, 27. November. Nach amtlichen Mitteilungen sind im Erdbebengebiet 291 Leichen geborgen worden. In Atami zerstörte das Erdbeben ein Kinderheim. 24 Kinder wurden getötet.

Aus dem südlichen Teil der Insel Sachalin werden gleichfalls starke Erdstöße gemeldet.

---

## Deutsche Note nach Genf.

**Veröffentlichung für Freitag zu erwarten. — Polen leugnet!**

— Berlin, 27. November.

**Wie verlautet, hat die Reichsregierung die angekündigte Protestnote wegen der bestialischen Verfolgung der Deutschen in Polen nunmehr an den Völkerbund abgesandt. Auf Grund umfangreichen und stichhaltigen Materials gibt die deutsche Note eine offene Darstellung der systematischen Verfolgung des deutschen Volkstums in Ostoberschlesien. Die Veröffentlichung der Note ist für Freitag zu erwarten.**

Um seine Position zu „verbessern" läßt Polen jetzt eine Darstellung der Zwischenfälle in die Welt gehen, in der es das polnische Innenministerium fertig bringt, die Konflikte auf „deutsche Umtriebe" zurückzuführen und in der von der „Ermordung" eines polnischen Polizeikommissars durch „deutsche Stoßtrupps" die Rede ist! Die gebührende Antwort auf diese Herausforderung wird hoffentlich nicht ausbleiben.

**In der nächsten Sitzung des Reichskabinetts dürfte angesichts des Ernstes der Lage auch ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Ratstagung formuliert werden. Die Einberufung muß auf Verlangen eines Ratsmitglieds erfolgen, nachdem der Präsident das Völkerbundsrates die anderen Ratsmitglieder über die Dringlichkeit des Verlangens befragt hat.**

Bisher ist der Völkerbundsrat erst dreimal zu einer außerordentlichen Tagung zusammengetreten, und zwar im August 1921 zur Regelung der Oberschlesien-Frage, im Dezember 1925 zur Regelung des griechisch-bulgarischen Grenzkonflikts und im Februar 1926 zur Vorbereitung der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

---

## Wenn die Regierung versagt ....

**Die Erregung in Oberschlesien. — Der Gleiwitzer Polizeipräsident mahnt zur Ruhe.**

— **Gleiwitz**, 27. November. Angesichts der Empörung der Bevölkerung über die polnischen Ausschreitungen in Ostoberschlesien hat der Polizeipräsident in Gleiwitz unter dem 26. November einen Aufruf an die Bevölkerung des oberschlesischen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinreißen zu lassen, da jede derartige Handlung den Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste in Gefahr bringe. Zum Schluß des Aufrufes heißt es: „Bei allem Verständnis für die Erbitterung, welche alle Kreise der Bevölkerung erfüllt, halte ich mich für verpflichtet, darauf hinzuweisen, daß ich für die Sicherheit des oberschlesischen Industriegebietes verantwortlich bin und daß die mir unterstellten Polizeibeamten die Pflicht haben, gegen jede Ruhestörung auf das allerschärfste vorzugehen."

---

## Auch England soll eingreifen.

**„Manchester Guardian" befürwortet eine englische Initiative in der Minderheitenfrage.**

Der „Manchester Guardian", der in den vergangenen Monaten wiederholt die polnischen Kavallerieattacken gegen ukrainische Bauern gebrandmarkt hat, kommt jetzt auf die „Wahlen" in Ostoberschlesien zurück und schreibt:

**„Der Terror, durch den sich die polnische Herrschaft im ukrainischen Ostgalizien befindet hat, war in größerem oder geringerem Maß nach Oberschlesien verpflanzt worden, wird aber wahrscheinlich andere Folgen haben, weil sich die deutsche Regierung für die schlesische Minderheit interessiert. Es ist bestimmt an der Zeit, daß der Völkerbund beginnt, sich eingehend mit der Nichterfüllung der Minderheitenverträge zu befassen."**

Das Blatt ist der Ansicht, mehr noch als ein deutscher würde ein englischer Schritt ein befriedigendes Ergebnis herbeiführen, und hofft, daß der britische Außenminister Henderson sofort nach Eingang des Berichts des englischen Botschafters in Warschau beim Völkerbund vorstellig werden wird.

Ueber das Elend der „Freien" Stadt Danzig äußerte sich der Danziger Senator Dr. Grünspan im Gespräch mit einem französischen Journalisten. Nach dem Versailler Vertrag, so betonte der Senator, habe Danzig Polens Hafen werden sollen. Jetzt aber habe Polen sich in Gdingen einen eigenen Hafen geschaffen und benutze seine Vormundschaft über Danzig, um diese deutsche Stadt zu schädigen. Obwohl 18 000 Arbeiter der Stadt Danzig keine Arbeit hätten, hätte Polen trotzdem 22 000 polnische Arbeiter nach Danzig geschafft. Erst habe man Danzig seiner natürlichen Familie entrissen, und jetzt werde es von der „Adoptivfamilie" beeinträchtigt.

---

## Gute Regie in Moskau.

**Sämtliche Angeklagten bekennen sich schuldig. — Frankreichs Generalstab soll einen Plan für einen Einmarsch in Rußland ausgearbeitet haben.**

**Die Regie im Moskauer Schauprozeß gegen die Professoren und Ingenieure Ramsin, Kalinnikow, Laritschew, Tscharnowski, Kuprianow, Fedotow, Sitnin und Otschkin — die gegenrevolutionärer Umtriebe und der Zusammenarbeit mit dem Auslande beschuldigt werden — klappt. Sogleich nach der Verlesung der Anklageschrift erhoben sich die Angeklagten, um sich vorbehaltlos und mit verdächtiger Eile „schuldig" zu bekennen und Frankreichs Verantwortung festzustellen. Einen besseren Auftakt hätte sich die Prozeßleitung, die mit diesem Schauprozeß die öffentliche Aufmerksamkeit von der politischen Gärung im Lande und der steigenden Wirtschaftsnot ablenken will, gar nicht wünschen können.**

Ein zweites Schuldbekenntnis legte Prof. Ramsin bei seiner Vernehmung ab, indem er seine Aussage mit den Worten einleitete:

**„Ich will mich nicht verteidigen, denn meine Schädlings- und Verrätertätigkeit ist klar. Ich möchte nur, daß durch diesen Prozeß die Richtigkeit gegenrevolutionärer Versuche zutage tritt und der Widerstand eines gewissen Teiles der Ingenieure und der technischen Kräfte aufhört."**

Sodann berichtete Professor Ramsin eingehend über die Organisierung des „Ingenieurzentrums" durch Paltschinski und die Zusammenarbeit der „Verschwörer" mit dem von russischen Weißgardisten gegründeten Pariser „Handels- und Industriekomitee" sowie französischen Regierungskreisen. Im Jahre 1928, so meinte Ramsin, wurde der Gedanke eines Einmarsches in Rußland mehr von englischen und französischen Regierungskreisen, als vom Industriekomitee vertreten. Während eine Anzahl von Mitgliedern der „Industriepartei", unter ihnen Fedotow und Sitnin, auf Reisen waren, hätten auch Verhandlungen des Handels- und Industriekomitees mit Poincaré und Briand geschwebt, die dazu dienten, die Intervention zu organisieren.

### Poincarés Einmarschplan.

Poincaré habe den Gedanken der Organisierung einer Intervention gegen die Sowjetunion durchaus

gebilligt und darauf hingewiesen, daß diese Frage im französischen Generalstab bearbeitet werde. Gleichzeitig habe Poincaré fest darauf bestanden, daß man verstärkte Interventionsvorbereitungen innerhalb des Landes betreiben, die Schädlingstätigkeit verstärken und die innere Krise besonders in dem Augenblick der Intervention verschärfen müsse.

**Was die Ausführung der Intervention betreffe, habe Frankreich keine Streitkräfte stellen, sondern in der Hauptsache militärische Instruktoren, vielleicht auch Kriegsschiffe und Flugzeuge senden wollen. Truppen hätten Polen, Rumänien und die Randstaaten nach Rußland in Marsch setzen wollen; außerdem habe man die Ueberreste früherer weißgardistischer Truppen verwenden wollen. Als Zeitpunkt für das Losschlagen habe man die Sommermonate des Jahres 1930 im Auge gehabt. Bis zu diesem Zeitpunkt habe man die öffentliche Meinung im Auslande vorbereiten und die Verhandlungen zwischen den Regierungen der an der Intervention teilnehmenden Länder zum Abschluß bringen wollen.**

Die Hauptleitung der Intervention habe Frankreich, insbesondere dem technischen Leiter des französischen Generalstabs zustehen sollen. England habe Frankreich bei dieser Aufgabe unterstützen sollen.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Moskauer Schauprozeß noch zu diplomatischen Verwicklungen zwischen der Sowjetunion und Frankreich führt. Den Verhandlungen im Gerichtssaal wohnen übrigens auch zahlreiche Vertreter der fremden Botschaften bei.

## Graf Bethlens Berliner Besuch

Kein „mystischer Block".

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen empfing die Chefredakteure der ungarischen Zeitungen, um sie über das Ergebnis seines Berliner Besuches zu informieren. Er führte dabei u. a. aus:

Der Berliner Besuch bezweckte nicht den Abschluß eines besonderen Vertrages. Auch die Schaffung irgendeines mystischen Blocks war nicht beabsichtigt. Der Zweck der Reise war eine gegenseitige Information über den Standpunkt der beiden Regierungen in internationalen Fragen, die in der nächsten oder spätecen Zukunft von Bedeutung sein können, und in dieser Hinsicht konnte eine vollständige Harmonie der Auffassungen festgestellt werden.

Einen weiteren Zweck meiner Reise bildeten die Besprechungen der wirtschaftlichen Probleme, die in der jüngsten Vergangenheit gewisse Schwierigkeiten verursachten. Die Berliner Besprechungen führten nunmehr dazu, daß die prinzipiellen Gesichtspunkte des Abschlusses eines Tarifvertrages besprochen und die Aufnahme der konkreten Verhandlungen auf Ende Februar oder Anfang März angesetzt wurden.

## Preisrückgang und Kriegsschulden.

**Amerika errechnet eine 20prozentige Erhöhung der Tributlasten als Folge des Preisrückgangs.**

Die Neuyorker Times äußert sich über die Zusammenhänge zwischen dem Rückgang der Warenpreise und den Kriegsschulden und Tributen. Das Blatt hebt hervor, auf Grund des Vertrages von 1923 müsse England, um seine Schuld abzuzahlen, ungefähr 52,5 Prozent mehr in Waren an Amerika liefern, als zur Zeit des Vertragsabschlusses. Frankreich müsse auf Grund des 1926 abgeschlossenen Abkommens 41 Prozent mehr liefern. Für Deutschland stelle sich die entscheidende Ziffer auf Grund des Youngplanes auf 26,66 Prozent. Die Notwendigkeit der Anpassung der Schuldverpflichtungen an die Warenpreise sei außer deutscherseits von Dr. Schacht, in England in letzter Zeit namentlich von Goodenough, Sir Josuah Stamp und Lord d'Abernon vertreten worden.

## Die Osthilfe.

**Erklärungen des Ministers Treviranus im Ausschuß.**

Der Haushaltsausschuß des Reichstags behandelte im Rahmen der Aussprache über die Notverordnung des Reichspräsidenten die Osthilfe sowie die Anträge, die den Vollstreckungsschutz für landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Betriebe fordern. Ein Beschluß wurde noch nicht gefaßt.

**Reichsminister Treviranus betonte, daß die Durchführung der Osthilfe in dem Maße, wie sie seinerzeit der Reichstag beschlossen habe, unabhängig von einem etwaigen Wechsel in der Personalbesetzung der Reichsregierung gesichert sei. Doch sei die Reichsregierung sich darüber klar, daß durch die Deroute auf dem Geldmarkt, die im Verfolg der Reichstagsauflösung aufgetreten und gegenwärtig noch nicht behoben sei, die Beschaffung der für die Umschuldung im Rahmen der Osthilfe erforderlichen Mittel für die insgesamt vorgesehene Zeitdauer von fünf Jahren wesentlich erschwert sei. Ueber die sich dazu bietenden Möglichkeiten müsse noch verhandelt werden. Es wäre daher falsch, ein Rahmengesetz zu verabschieden, ohne zu wissen, auf welcher finanziellen Grundlage die Aktion durchgeführt werden solle. Die für die Umschuldung im Rahmen der Notverordnung erforderlichen Mittel seien jedoch sichergestellt. Im übrigen sei auch die Reichsregierung sich darüber im klaren, daß von der steigenden Not gerade das Gewerbe empfindlich getroffen werde.**

## Beamtenschaft und Notopfer.

Angesichts der großen Notlage, in der sich viele Mitbürger der Heimatstadt Bielefeld infolge der schweren Wirtschaftskrise befinden, haben Stadtverordneten-Versammlung, Magistrat und Wohlfahrtsamt einmütig beschlossen, an die Bürgerschaft mit der Bitte heranzutreten, durch ein besonderes Notopfer zur Linderung der Nöte beizutragen.

Auch an die Bielefelder Beamtenschaft ist der Notruf ergangen. Die Leitung des hiesigen Ortskartells im D. B. B. hat sich in der Sitzung vom 23. November 1930 mit den Dingen befaßt und einstimmig beschlossen, trotz größter Notlage auch in weitesten Schichten der Beamtenschaft, insbesondere bei den unteren Gruppen, und trotz der von der Beamtenschaft bereits geforderten Opfer, die Bestrebungen der Stadtverordneten-Versammlung, des Magistrats und Wohlfahrtsamts aktiv zu unterstützen.

Es werden den einzelnen Fachgewerkschaften, Behörden und Lehrkörpern Zeichnungslisten zugehen und die Beträge von dort aus einem Sammelkonto bei der hiesigen Beamtenbank zugeführt, die bereits von sich aus die Zeichnung eines namhaften Betrages in Aussicht gestellt hat.

Die Bielefelder Beamtenschaft, die bei ihrer Amtsführung einen tiefen Einblick in die wirtschaftlichen Nöte dieser Zeit erhält, wünscht, daß den Opfern der Arbeitslosigkeit und allen übrigen Hilfebedürftigen recht viele hilfsbereite Hände entgegengestreckt werden.

Sie hofft aber auch angesichts der überaus großen Notlage in allen Schichten des Deutschen Volkes, daß nun endlich einmal die Reichsregierung den Zeitpunkt als gekommen ansieht, um mindestens eine Stundung der volkswirtschaftlich untragbaren Reparationszahlungen herbeizuführen. Der Hunger von Millionen deutscher Volksgenossen mahnt eindringlich, dieses nächstliegende Ziel recht bald zu erreichen.

**Schiedsspruch für die Rheinschiffahrt.**

— **Köln**, 27. November. Die Schlichterkammer unter dem Vorsitz von Dr. Joetten als Sonderschlichter fällte in der Rheinschiffahrt einen Schiedsspruch, wonach die Löhne und Gehälter vom 29. November bezw. 1. Dezember 1930 ab um sieben Prozent, der Wochenlohn der Matrosen und Heizer um je drei Mark gekürzt werden. Diese Regelung ist erstmalig am ersten zum letzten März 1931 kündbar.

## Zur preußischen Sparkassen-Aufwertung.

Vom Sparerschutzverband wird geschrieben:

Es ist in der Oeffentlichkeit leider nicht genügend beachtet, daß die preußische Staatsregierung geflissentlich die endgültige Regelung der Sparkassen-Aufwertung neuerdings wieder uferlos hinauszieht.

Es ist dringend notwendig — sowohl im Interesse der geschädigten Sparer, als auch zur Erhaltung des Sparsinns für die Zukunft — daß eine gerechte Sparkassen-Aufwertung in Kürze erfolgt, und zwar in der Richtung, wie sie vom Sparerbund und durch den preuß. Landtagsabgeordneten Major Pohl (Volksrechtpartei) im Landtags-Ausschuß vertreten wird und anerkannt ist: „Die individuelle Sparkassenaufwertung."

Nach der z. Zt. noch bestehenden Verfügung des preuß. Innenministers Severing darf in ganz Preußen nur mit 15 Prozent aufgewertet werden; alle Aufwertungs-Ueberschüsse der günstiger stehenden Sparkassen sollten an einen sog. Ausgleichsstock in Berlin abgeführt werden. Das bedeutete einen abermaligen Eingriff in die Rechte der Sparer, die einzig und allein über ihre abgewerteten Ersparnisse zu bestimmen haben. — Durch diese Verfügung würden z. B. in Rheinland und Westfalen und insbesondere hier in Bielefeld den örtlichen Sparern große Aufwertungs-Beträge verloren gehen. Erneute Verhandlungen über die preußische Sparkassen-Aufwertung haben ergeben, daß die Severingsche Verordnung vollkommen unberechtigt war, und in hohem Maße zur Radikalisierung des Volkes beigetragen hat.

Durch energischen Protest der Sparer-Schutzverbände sowie durch Vorlage der Sparkassen-Aufwertungsbilanzen ist nun endlich erreicht, daß die preuß. Regierung von der bisherigen Regelung absehen will, dafür aber beabsichtigt, für jede preuß. Provinz einen Einheits-Aufwertungs-Prozentsatz festzusetzen. Dieser würde nach amtlicher Mitteilung ca. 26,9 Prozent für Westfalen betragen, während einzelne preuß. Städte z. B. Castrop-Rauxel 45 Prozent aufwerten können.

Wir fordern daher die individuelle Aufwertung der Sparkassen-Guthaben; d. h. jede Sparkasse hat ihre Aufwertungs-Ueberschüsse an ihre eigenen Spargläubiger restlos zu verteilen, wie es ja auch in den anderen Ländern außer Preußen durchgeführt wird. Außerdem ist die Aufwertung der Lebensversicherungen doch auch so, daß jede Versicherung ihren Aufwertungsfond nur an die eigenen Spargläubiger verteilt.

Für einen Ausgleich der ungünstiger gestellten Sparkassen haben pflichtgemäß die verschwenderisch wirtschaftenden Städte als Gewährverbände der Sparkassen aufzukommen. Laut Erklärung des Regierungsvertreters im Ausschuß war das früher auch vorgesehen.

Die individuelle Sparkassenaufwertung liegt aber auch im Interesse der Sparkassen in bezug auf günstige Werbung gegenüber den Banken, welche ihre Depositen nicht aufwerten.

Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß durch eine weitere Verschleppung der endgültigen preußischen Sparkassen-Aufwertungsregelung die geschädigten Sparer erneut einen ganz empfindlichen Vermögensverlust haben, da die Aufwertungszinsen in keinem Verhältnis zu dem Zinsfuß im freien Verkehr stehen.

Die schändlich behandelten Sparer werden alles daran setzen, dieser jahrelang geduldeten Entrechtung endlich ein Ziel zu setzen.

## Bethel.

— Wir machen darauf aufmerksam, daß die nächsten **Abendmahlsfeiern** in Zion am Sonnabend, den 29. November, und am Sonnabend, den 13. Dezember abends 7,10 Uhr stattfinden.

— Donnerstag abend 8½ Uhr in Gosen

**Blaukreuzstunde.**

Jeder ist herzlich eingeladen.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute 8 Uhr Jungvolk.

Freitag 8½ Uhr Bibelstunde in Gosen, 1. Joh. 4, 7 ff. (Herr Steege).

Es wird gebeten, die Tüten für die Bruderhilfe abzugeben.


Gewissenhafter
**Bürobeamter**
Pastorensohn, 29 J. alt, verlobt, früher Bankbeamter, seit 1925 auf großen Gütern als Rechnungsführer tätig, sucht ab 1. 1. 1931 anderweitig Stellung in Landwirtschaft, Bank oder Industrie. Sehr gern würde im Dienste der Kirche oder der Inneren Mission arbeiten. Gute Zeugnisse vorh.
**Fritz Haase, Görlsdorf**
bei Luckau (Niederlausitz)


Sessel
Sofas
Chaiselongues
Bettsofas
nur von
**F. Mertens**
Bielefeld

Hochfeiner Ia Bienenschleuder-**Honig**
garantiert rein, hellgelb.,
10-Pfund-Dose 10,80 RM franko,
5-Pfund-Dose 6,— RM franko.
Versand Nachn. Garant. Zurückn.
**Heermann'scher Honigversand**
**Werste i. H. Nr. 138.**

Ein Bild von Ihnen
und Ihrer Familie
auf dem Gabentisch schafft dauernde Freude
**Ernst Lohöfener**
Atelier für Photographie
Gütersloher Straße 18a. Fernsprecher 363
**Bis Weihnachten sonntags bis 6 Uhr durchgehend geöffnet**

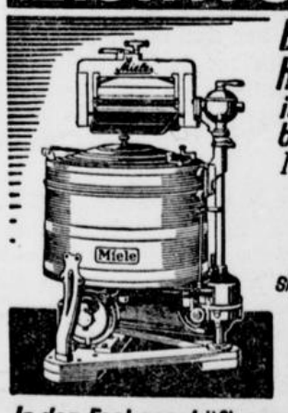
**Weihnachtsflugblatt**
Ein vierseitiges, mehrfarbiges Werbeblatt mit Bildern geschmückt, geeignet zum Verteilen auf Weihnachtsfeiern, in den Kirchen, Bahnhöfen, Weihnachtsmärkten usw.
Das Blatt ist zu beziehen durch den
**Blätterverlag der Anstalt Bethel, Abteilung „Herz und Haus", Bethel bei Bielefeld.**
Postscheck Hannover 7982. Das Stück kostet 2 Pfennig. Bei größeren Bezügen Ermäßigung.
Probenummern auf Wunsch.

**Autofahrer**
perf. Buchhalter, Revisor, 30 J., ledig, sucht geeignete Position. Kaution kann gestellt werden. Ia Zeugnisse. Gefl. Angebote an die Geschäftsst. des „Aufwärts" unter A 7161.

ärztlich empfohlen **Pastor Felkes Magenstärker**
hilft bei allen Magenbeschwerden ganz hervorragend. Erhältlich in den Apotheken, wo nicht, direkte Zusendung ohne Preisaufschlag franco gegen Nachnahme (Mk. 3,50 d. Fl.) durch die allein berechtigte Herstellerin:
**Firma Hermine Schmitz, Duisburg**
Fabr pharmaz. Präparate, gegr. 1903

**Harmonium**
Mannborg, 14 Register, zu günstigen Bedingungen abzugeben
**A. Thunert & Söhne, Bad Oeynhausen**
Herforderstraße 47

**Stellengesuche u. Angebote**
**haben im „Aufwärts" großen Erfolg**

**Die neue Miele Elektro Nr. 150**

*Eine Waschmaschine in höchster Vollkommenheit ist jetzt lieferbar. Zu den bekannten Vorzügen der Miele-Waschmaschinen:*
*Größte Waschwirkung bei vollkommener Schonung der Wäsche • Lange Lebensdauer der Waschmaschine • Geringer Stromverbrauch,*
*sind neue Vorzüge hinzugekommen: Vollkommen geräuschloser Gang • Schwenkbarer Aluminium-Wringer mit 70 mm dicken Walzen • Leichte Transportmöglichkeit.*
*In den Fachgeschäften wird Ihnen bereitwilligst Auskunft über diese neue Maschine gegeben.*
**Mielewerke A.G., Gütersloh/Westf.**
Größte Waschmaschinenfabrik Deutschlands
Über 2000 Werksangehörige.



Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel